



Reinhold Gall Für Sie im Landtag

Nr. 5 - Januar 2018



Liebe Genossinnen und Genossen,

seit ein paar Tagen liegt das Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD auf dem Tisch. Ich möchte diesen Newsletter nutzen und erläutern, was meiner Meinung nach in der jetzigen Situation für die SPD das Beste ist.

Wer das 28-seitige Papier aufmerksam durchliest und dabei nicht vergisst, dass wir bei der Wahl im September nur 20 Prozent erreicht haben, der sollte mit dem Ergebnis aus inhaltlicher Sicht zufrieden sein. Es ist eben nicht möglich, aus einer solchen Position heraus eine Bürgerversicherung oder auch nur den Einstieg in eine solche durchzusetzen (es war übrigens fahrlässig von der Parteispitze, das in Aussicht zu stellen...). Schade ist, dass eine moderate Erhöhung beim Spitzensteuersatz nicht durchsetzbar war, dafür wurden jedoch steuerliche Entlastungen unterer und mittlerer Einkommen festgeschrieben (Stichwort Soli).

Das Sondierungspapier

CDU/CSU	CSU	SPD
<ul style="list-style-type: none">• Merkel bleibt Kanzlerin• Familiennachzug eng begrenzt• Maghrebstaaten gelten als sichere Herkunftsländer• Keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes• Kein Fahrverbot für Dieselaautos• Keine Bürgerversicherung• Keine neuen Staatsschulden	<ul style="list-style-type: none">• Begrenzung der Flüchtlingszahl• Ausweitung der Mütterrente	<ul style="list-style-type: none">• Weniger Glyphosat• Gebührenfreie Kitas• Fachkräfte-Einwanderungsgesetz• Gesetzliche Fixierung des Rentenniveaus• Solidarrente• Klimaschutzgesetz• Investitionshaushalt Euro-Zone• Abschaffung Abgeltungssteuer• Parität bei Finanzierung der Krankenversicherung

Stüddeutsche Zeitung

und die damit verbundene Anerkennung von Kindertageseinrichtungen als Bildungseinrichtung, der Einstieg in ein Einwanderungsgesetz (zuerst nur für Fachkräfte, aber auf jeden Fall besser als die heutige Situation), ein Finanzierungspakt für Breitbandausbau und Digitalisierung und ein Investitionspaket für die Kommunen.

Ansonsten finde ich in den Sondierungsergebnissen viele Punkte, deren Umsetzung gerade für unsere Wählerinnen und Wähler eine tatsächliche Verbesserung darstellen.

Besonders wichtig sind mir dabei die Rückkehr zur paritätischen Bezahlung der Beiträge zur Krankenversicherung, die Abschaffung des Kooperationsverbots, der Einstieg in kostenlose Kitas durch Bundesmittel

Ausgewählte Termine in der Region

20.01.2018

Besuch des Fachtags „Vereinssport für Menschen mit und ohne Behinderung“
Wo?: Sportpark des FSV Bad Friedrichshall

22.01.2018

Austausch SPD-Landtagsfraktion mit Bürgermeistern und Oberbürgermeistern
Wo?: Stuttgart, Landtag

25.01.2018

Verabschiedung von Dr. Thomas Braun aus dem Vorstand der Kreissparkasse Heilbronn
Wo?: KSK Heilbronn

27.01.2018

Besuch Prunksitzung
Wo?: Bad Wimpfen

Impressum

Wahlkreisbüro Reinhold Gall

Wilhelmstr. 3 74072 Heilbronn

Tel: 07131/5943071

Mail: info@reinhold-gall.de

Unsere anderen Newsletter und weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.reinhold-gall.de>

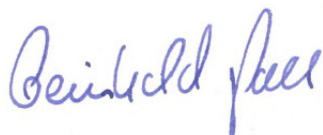
Nichts bis wenig davon würde in einer anderen Regierungskonstellation so kommen und auch bei einer Minderheitsregierung (bei der davon auszugehen ist, dass die Union sie nicht machen wird) wäre unsere Verhandlungsposition in diesen Fragen eine ausgesprochen schlechte, weil es – im Gegensatz zu früheren Bundestagen – keine Mitte-Links-Mehrheit gibt.

Ich empfehle also, auf Basis der Sondierungsergebnisse Koalitionsverhandlungen aufzunehmen und schlussendlich auch, in eine Regierung mit der Union zu gehen. Allen, die dann in Regierung, Bundestagsfraktion und Bundespartei an vorderster Stelle Verantwortung tragen muss aber klar sein, dass eine gute Regierungsarbeit alleine nicht zu einem besseren Ergebnis für die SPD bei der nächsten Bundestagswahl führen wird. Diesen Automatismus sehe ich übrigens auch nicht bei einem Gang in die Opposition. Dies ist uns zwischen 2009 und 2013 nicht gelungen, auch wenn die damalige schwarz-gelbe Regierung sowohl inhaltlich, als auch von der Performance her (ich erinnere an die Gurkentruppe) ausreichend Möglichkeiten zur sozialdemokratischen Profilierung geboten hätte.

Und auch in Baden-Württemberg ist ein solcher Automatismus nicht abzusehen.

Mit der SPD kann es nur dann wieder bergauf gehen, wenn uns folgende Punkte gelingen: Die Entwicklung einer sozialdemokratischen Vorstellung, wie unsere Gesellschaft künftig funktionieren soll. Die Wiederbelebung einer vernünftigen politischen Streitkultur. Eine ehrliche Einschätzung politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen und eine verständliche Kommunikation darüber mit den Bürgerinnen und Bürgern. In diesem Sinne: packen wir es an!

Mit freundlichen Grüßen, Ihr



Für eine bessere Schwarzwildbejagung

Reinhold Gall: „Hauk begnügt sich weiterhin mit immer neuen Ankündigungen und Appellen, ohne endlich mal selbst zu agieren“

„Ungeachtet der stark überhöhten Wildschweinbestände im Land begnügt sich der zuständige Minister Peter Hauk weiterhin mit immer neuen Ankündigun-



gen und Appellen, ohne endlich mal selbst zu agieren“, kritisiert Reinhold Gall, jagdpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die jüngsten Äußerungen des Forstministers zur Notwendigkeit einer stärkeren

Bejagung von Wildschweinen.

Hohe Wildschweinbestände seien nicht nur eine erhebliche Gefahr für Autofahrer mit bisweilen tödlichen Wildunfällen, gleichzeitig würden sie auch das Risiko einer Ausbreitung der afrikanischen Schweinepest erhöhen. Damit seien alle landwirtschaftlichen Schweinehaltungen extrem gefährdet, Massentötungen die Folge. „Erschwerend kommt hinzu, dass im Land zu wenige Amtsveterinäre vorhanden sind“, bemängelt Gall und ergänzt: „Dies haben wir als SPD-Fraktion schon mehrfach moniert, leider bis jetzt ohne Erfolg.“ Statt der Appelle und Ankündigungen gelte es deshalb nun, dass schon seit etlichen Jahren im Land vorliegende 10-Punkte-Programm zur Schwarzwildbejagung auch flächendeckend umzusetzen, unter anderem mit massiven Drückjagden. Die Landesregierung aber wisse nicht einmal, ob, wo und wie viele dieser Drückjagden überhaupt stattfinden. „Alle Beteiligten, von Jägern über Landkreise, bis hin zur Landesregierung, müssen zusammenarbeiten“, erläutert Gall und fordert: „Das Landwirtschaftsministerium muss dabei Vorgaben und Anreize setzen, damit die sehr erfolgreichen Drückjagden landesweit durchgeführt werden.“ Zudem sei zu prüfen, inwieweit man den Jägern bei den Kosten für Veterinäruntersuchungen und bei der Vermarktung des erlegten Wildes unter die Arme greifen kann.